

Welche Folgen der Kirchaustritt Kopfermanns im einzelnen haben wird, ist noch nicht abschätzbar. Vor allem ist nicht abzusehen, wie viele Anhänger der charismatischen Bewegung Kopfermann in dessen neue „Ansgar-Kirche“ folgen werden. Daß er im bundesdeutschen Protestantismus zu einer noch heftigeren Auseinandersetzung über die Volkskirche und deren unvermeidlichen Pluralismus führen wird, ist wahrscheinlich. Kopfermann dürfte sich aber die Möglichkeit, in dieser Diskussion eine wesentliche Rolle zu spielen, durch seinen Austritt selbst stark beschnitten haben.

Für die charismatische Bewegung als ganze dürften die Vorgänge um Kopfermann ein weiterer Hinweis darauf sein, daß es bei ihrem Anspruch, erneuernd und verändernd auf Kirche und Gemeinden einzuwirken, nicht ausreicht, die „real existierende“, „alte“ Kirche lediglich als „dunkle Kontrastfolie zu dem ‚herrlichen Wirken des Geistes Gottes unter den Seinen‘“ (*Hans Diether Reimer*) zu benutzen. Der Ruf nach größerer christlicher Entschiedenheit allein hilft nicht weiter. Man wird nicht ohne eine gehörige Portion Distanz zum eigenen Tun auskommen, die einem anzeigt, daß es auch noch andere, in sich legitime Versuche gibt, kirchliches Leben zu erneuern. Auf lange Sicht wäre es verhängnisvoll, wenn charismatische Impulse im Protestantismus gänzlich in ein fundamentalistisch-evangelikales Fahrwasser gerieten. nt

Reaktionär

Zur Quotierung der Geschlechter für politische Ämter

Die Quote steht nun. Jedenfalls bei der SPD, nachdem die Grünen den Sozialdemokraten mit unterschiedlich variierten Modellen vorausgegangen waren. Nicht nur der Beschluß liegt vor, auch der erste Schritt zur Verwirklichung ist getan. Ein Drittel des SPD-Vorstandes (33-Prozent-Quote)

sind seit Münster Frauen. 1994 sollen alle Parteiämter zu 40 Prozent von Frauen besetzt sein und ab 1998 auch vierzig Prozent aller Mandate. Trotz der zeitlichen Streckung ist noch nicht recht abzusehen, wie sich vor allem Mandate (in der Kombination von Direkt- und Landeslistenmandaten) nach Geschlecht sinnvoll quotieren lassen. Aber die Auswirkungen auf die anderen Parteien werden bald spürbar werden.

Rita Süßmuth, in der breiten Öffentlichkeit nach wie vor mehr als Frauendenn als Familienministerin bekannt, hat die SPD-Quotenregelung schon zur Meßlatte, zum „Maßstab“ für die Parteien insgesamt erklärt, eine Anheizung des Wettbewerbs zwischen den Parteien in der Frage der politischen Repräsentanz von Frauen prognostiziert und die Quotenregelung auch für ihre Partei in Aussicht gestellt, wenn andere Wege nicht zum wirklichen politischen Gleichschritt der Frauen führten.

Es entspricht der Eigengesetzlichkeit solcher politischer Prozesse, daß es insgesamt so kommt, wie es von einer Seite (in dem Fall der SPD) oder mehreren Seiten angestrebt wird, es sei denn, die Praktikierbarkeit der Quotenregelung erwiese sich von ihren Auswirkungen her als wesentlich problematischer als zugegeben oder vorausgesehen. Daß man sich damit nicht nur Sympathie, sondern auch eine Menge vermeidbarer Probleme einhandeln kann, hat bereits die erste verwirrende SPD-Vorstandswahl nach Quotenmuster u. a. mit der Abwahl so verdienter und keineswegs schon für das Altenteil bestimmter SPD-Politiker wie *Hans Apel* und *Peter Glotz* gezeigt.

Aber von der rechtlichen, politischen und faktischen Praktikierbarkeit oder den dabei sich eingehandelten Problemen ganz abgesehen, die Quotenregelung für Frauen in Organen politischer Repräsentation mag zwar psychologisch stark im Trend liegen, *in der Sache* ist sie reaktionär. Die Sache der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist zum großen Teil bereits weiter gediehen, als daß ihr durch Quotierungen – die auch immer künst-

liche Festschreibungen sind – künstlich nachgeholfen werden müßte. Und wo es noch dringenden Aufholbedarf gibt und das Aufholen sich durch Bewußtseins- und Verhaltenswandel nicht von selbst – über die gesellschaftliche Eigendynamik sozusagen – einstellt, wird mit Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit für Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen auch politisch mehr und Solideres erreicht als durch abstrakte Zuteilungen von oben. Sie zwingen zum Mobilisieren politischen Kapitals, das so hier und jetzt gar nicht vorhanden ist oder vorhanden sein will. Es sei denn, man sehe Quotierungen als die allein mögliche Verwirklichung gesellschaftlicher Gleichberechtigung und damit als ein in sich unverzichtbares politisches Ordnungsprinzip.

In Wirklichkeit ist es aber wohl so, daß Trends, wie sie in der Quotenregelung zum Ausdruck kommen, politisch aus vermeintlich zwingenden Wählerrücksichten einfach unwiderstehlich sind, mögen sie in der Sache noch so überflüssig oder fragwürdig sein. Als das *Volljährigkeitsalter* von 21 auf 18 Jahre herabgesetzt wurde, hat auch niemand danach gefragt, ob angesichts der längeren Verschulung eine geringere Herabsetzung des Volljährigkeitsalters nicht richtiger gewesen wäre. Für das frühe Volljährigkeitsalter zu sein war einfach Ehrensache für jede Partei, wollte sie nicht unnötig als hinterwäldlerisch erscheinen.

Aber vielleicht faßt sich die andere große Volkspartei in dem Fall doch ein Herz und folgt im unvermeidlichen Wettstreit anderen Regeln, auch wenn ihr das Aufholen so leicht nicht fallen dürfte. Der Bundeskanzler hat im Juni in Wiesbaden seiner CDU ins Gewissen geredet: es gebe in der Partei Ortsvereine, da seien die Herren buchstäblich noch unter sich. Die politische Mobilisierung von mehr Frauen vor Ort, von denen viele politisch interessierter und sachkundiger geworden sind, als sie es früher waren, und manche für den politischen Diskurs auch mehr Zeit haben als noch ihre Mütter und Großmütter, dies könnte vielleicht – trotz des Nachholzwangs – zu

soliderer Chancengerechtigkeit bei der Besetzung politischer Ämter führen als der Naturschutzpark Quote. Ob sich Union und FDP doch nach diesen Regeln und ohne auf Quoten zu schielen auf den in Aussicht gestellten Wettstreit einlassen? Auf seinen Ausgang wäre man dann jedenfalls gespannt.

Überreizt

Die jüngsten Schlagzeilen über Comunion e Liberazione

Comunion e Liberazione (CL) bzw. die Ciellini, wie die Anhänger und Mitglieder der vorwiegend jugendbewegt auftretenden italienischen Laienorganisation genannt werden, haben in den letzten Jahren immer wieder auf sich aufmerksam zu machen verstanden. Besonders anlässlich des seit neun Jahren jeweils im August in Rimini stattfindenden *Festivals*, einer Mischung aus Großkongress und politisch-kultureller Kirmes, das vor allem zu einem öffentlichkeitsträchtigen Forum des politischen Arms von Comunion e Liberazione, der sog. Volksbewegung (*Movimento popolare*), geworden ist, kann die Bewegung täglicher Schlagzeilen in den italienischen Medien sicher sein. So auch dieses Jahr.

Vorgenommen hatten sich die Ciellini dieses Mal für Rimini ihr ganz ursprüngliches Anliegen: *Die Weckung des Sinnes für Religion*, die Werbung für Besinnung auf religiöse Grundfragen. Aber gerade in diesem Jahr wurde dieses Grundanliegen völlig überdeckt von der *politischen Polemik*, die von Rimini ausging und das Treffen begleitete.

Der Grund: In Rimini kam zum Durchbruch, was sich schon länger anbahnte: eine eher seltsam anmutende, wenigstens verbale Hinwendung zu den aufstrebenden Sozialisten *Bettino Craxis*. Würde aus der Hinwendung ein wie immer geartetes Bündnis, könnte das nur auf Kosten der DC gehen, auf deren Leitern das *Movimento popolare* eine Reihe von lokalen, re-

gionalen und nationalen politischen Mandaten errungen hat. Den vorläufig sensationellsten Ausdruck fand die Hinwendung zu den Craxi-Sozialisten in einem viel applaudierten Referat des Stellvertreters Craxis, *Claudio Martelli*, der es verstand, den Ciellini nach dem Mund zu reden und sie, ohne auf deren religiösen Motive wirklich einzugehen, vor innerkatholischen Gegnern in Schutz zu nehmen.

Wie ernst es der kirchlich eher fundamentalistisch argumentierenden, aber politisch und kulturell Offenheit demonstrierenden Bewegung mit der Hinwendung zu den Sozialisten ist, blieb allerdings auch in Rimini unklar. Operiert wird vornehmlich mit dem Begriff der „*kulturellen Öffnung*“ als *politischer Zielsetzung*. Man will, so sagen die Sprecher der Bewegung, gesellschaftlich aus dem katholischen Getto heraus, die in Italien verfestigten verschiedenen kulturell-politischen Aggregationszustände (katholisch bzw. christdemokratisch, laizistisch, kommunistisch) durchbrechen und über diese hinaus neue Verbindungen suchen. Anknüpfungspunkte glaubt man bei Craxis Sozialisten vor allem aufgrund eines verwandten Gesellschaftsverständnisses zu finden. Zur verbindenden Perspektive erklärt man das bekannte CL-Schlagwort: „mehr Gesellschaft, weniger Staat“.

Solche Verwandtschaften mag es vordergründig geben. Aber es ist nicht recht einsichtig, wie Comunion e Liberazione und die Sozialisten zu einer strategischen oder gar programmatischen Zusammenarbeit finden sollten. Die Sozialisten Craxis benutzen offenbar die Ciellini als Spielkarte in einem begrenzten Konflikt mit der gegenwärtigen Parteiführung der DC unter Regierungschef *Ciriaco De Mita*. Dieser ist neben einigen Jesuiten, vor allem um die „*Civiltà Cattolica*“, und das „*Centro Pedro Arrupe*“ in Palermo und solchen katholischen Organisationen (z. B. der Katholischen Aktion), denen die Ciellini vorwerfen, sich mit der Aufteilung auf die drei genannten Kulturen und der Einbindung des Katholizismus in sie abgefunden zu haben, wegen seines katholisch-liberalen Kurses der größte Stein des

Anstoßes. Craxi, der in De Mita einen gleichrangigen Rivalen sieht, aber die DC auch nicht über Gebühr schwächen will, kommt das entgegen. Aber es ist schwer einzusehen, wie die gleiche Organisation die DC-Führung des exzessiven Liberalismus bezichtigen kann, nur weil deren Führung auch Leute fördert, die in manchem ein distanzierteres Verhältnis zur Kirche haben, aber zugleich das Bündnis mit Craxis Sozialisten sucht, die trotz des Verdienstes um das neue Konkordat und eines inzwischen im Vergleich zu den bürgerlich-laizistischen Parteien sich abschwächenden Antiklerikalismus in allen Grundsatzfragen – Abtreibung, Ehescheidung – bisher gegen die katholische Kirche standen.

Dies scheint nicht nur im italienischen Episkopat, sondern auch in der römischen Kurie nicht einzuleuchten. Auch denen nicht, die in der DC nicht die einzig mögliche politische Heimat für Katholiken sehen, und offenbar auch dem Papst nicht, als dessen engste Gefolgsleute innerhalb der Kirche die Ciellini sich verstehen, der aber gerade italienische Katholiken immer wieder zu einer „kohärenten“ politischen Vertretung kirchlicher Anliegen ermahnt hat. Deswegen ist die Unruhe über den politischen Schwenk der Ciellini in der italienischen Hierarchie auch größer als innerhalb der DC. Die Ciellini scheinen inzwischen auch schon zu spüren, daß sie kirchlich gerade bei ihren Förderern in Gegenwind geraten sind. Erklärungen Verantwortlicher von CL klingen denn trotz fortgesetzter Angriffe auf De Mita und andere ihnen mißliebige katholische Kreise in letzter Zeit auch schon wieder sehr viel vorsichtiger. Man habe die DC – Personen und Programme – immer unterstützt, so der Vorsitzende der Volksbewegung, *Giancarlo Cesana*, und so solle es auch bleiben. Nur instrumentalisieren lassen wolle man sich nicht. Im Grunde scheint sich die Bewegung, die durchaus ein belebendes Element im italienischen Katholizismus darstellt – „ein Pferd ohne Zügel“ sei sie, meinte nach Rimini ein römischer Kardinal –, politisch schlicht übernommen zu haben. Dadurch ist sie auch kirchlich in Gefahr, Resonanz zu verlieren.